

Wenig Chancen für einen freien Bananen-Handel

Verschiedene EU-Modelle für die Reform der Einfuhrregelung / Außenminister sollen Richtung vorgeben

Die Europäische Kommission sieht nur geringe Chancen für eine Abschaffung des umstrittenen Quotensystems im Bananenhandel. Um den Streit mit den Vereinigten Staaten und einigen mittelamerikanischen Bananenexportländern beizulegen, ist sie jedoch bereit, zusätzliche Importmöglichkeiten für lateinamerikanische "Dollarbananen" einzuräumen und die Verteilung der Einfuhrlizenzen auf die Handelsunternehmen neu zu regeln. Eine solche Anpassung des Systems habe die grössten Aussichten auf Erfolg, sagte ein Kommissionsbeamter.

Ein Schiedsspruch der Welthandelsorganisation (WTO) zwingt die Europäische Union (EU), die erst zu Jahresbeginn in Kraft getretene neue Importregelung abermals zu reformieren. Zusätzlich unter Druck ist die EU durch die von den Vereinigten Staaten im April mit Billigung der WTO verhängten Strafzölle, durch die EU-Exporte im Wert von 191 Millionen Dollar vom amerikanischen Markt abgeschnitten worden sind. In einer Mitteilung für das Treffen der EU -Außenminister am kommenden Montag erläutert die Kommission eine ganze Reihe unterschiedlicher Modelle, um die EU-Marktordnung mit den WTO-Vorgaben in Einklang zu bringen. In dem Papier, dem bis zur Sommerpause ein detaillierter Reformvorschlag folgen soll, stellt sie zwar auch eine vollständige Abschaffung der Einfuhrquoten zur Diskussion. In diesem Fall müsse der Importzoll auf die Dollarbananen aber sehr stark angehoben werden, damit sich Bananen aus den früheren Kolonien in Afrika und der Karibik (AKP) sowie der Europäischen Union (EU) gegen die Konkurrenz behaupten könnten.

Den Brüsseler Berechnungen zufolge wäre dafür ein Tarif von mindestens 275 Euro je Tonne notwendig. Bisher werden die Einfuhren aus Lateinamerika mit 75 Euro belastet, dies allerdings begrenzt auf eine Höchstmenge von knapp 2,6 Millionen Tonnen, während AKP-Bananen innerhalb eines Kontingents von rund 850 000 Tonnen zollfrei nach Europa gelangen. Die Anhebung des in der WTO festgeschriebenen aktuellen Tarifs ist nur mit Zustimmung der Handelspartner möglich. Die Vorgespräche hätten gezeigt, dass zumindest die Vereinigten Staaten eine so starke Anhebung des Bananenzolls nicht akzeptierten. Bei niedrigeren Tarifen sei nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der AKP-Lieferanten gefährdet, sondern bei einem wachsenden Angebot von Dollarbananen auf dem europäischen Markt sei auch mit erheblichen Mehrkosten für den EU-Haushalt zu rechnen. Grund sind die EU-Ausgleichszahlungen für die Bananenproduzenten in Südeuropa, die sich nach den in der Gemeinschaft erzielten Verkaufspreisen richten. Die Kommission veranschlagt die Zusatzkosten auf bis zu 150 Millionen Euro im Jahr. Bei einer Beibehaltung der Einfuhrquoten wäre die EU auf jeden Fall gezwungen, die Vergabe der Importlizenzen völlig neu zu regeln. Die bisherige Bindung der Einfuhrrechte an die Höhe der Importe in einer zurückliegenden Referenzperiode ist von der WTO als Verstoß gegen die Welthandelsregeln beanstandet worden.

Die grössten Chancen gab ein Mitarbeiter von Agrarkommissar Franz Fischler einem Versteigerungssystem, so dass die Unternehmen zum Zuge kämen, die die höchsten Preise für die Einfuhrrechte bieten. Die Lizenzvergabe nach einem "Windhundverfahren" sei mit der aufwendigen Logistik des Bananenhandels kaum vereinbar. Auch das auf anderen Agrarmärkten gebräuchliche Verfahren, die Lizenzen jeweils für bestimmte Lieferperioden in Abhängigkeit von den Anträgen der Unternehmen zuzuteilen, habe grosse Nachteile. Vor allem sei mit ausufernden Spekulationsgeschäften zu rechnen.